



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/103

30. August 1949

## Die Entschliessung von Bad Dürkheim

---

hat folgenden Wortlaut:

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht bei ihrer Politik von der Erkenntnis aus, dass eine lebenskräftige Demokratie nur auf dem Fundament sozialer Gerechtigkeit erbaut werden kann. Nur auf dieser Grundlage wird die deutsche Bundesrepublik ihre Aufgabe erfüllen, die deutsche Einheit zu schaffen und Deutschland in ein neu geordnetes Europa einzugliedern.

Das Ergebnis der Wahlen am 14. August beschwört die Gefahr herauf, dass die bisherige Wirtschaftspolitik fortgeführt, die deutsche Arbeitskraft ruiniert und die Spannungen zwischen den Klassen so gesteigert werden, dass die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört wird.

Die Voraussetzungen für ein gesundes deutsches Staatswesen können nur geschaffen werden, wenn das deutsche Volk folgende Grundsätze im öffentlichen Leben durchsetzt:

1. Überwindung der Arbeitslosigkeit durch eine Politik der Vollbeschäftigung. Dazu ist die Stärkung der Kaufkraft und die Erhöhung des Reallohnes erforderlich. Abwehr weiterer Preissteigerungen. Umbau des Steuersystems durch Entlastung der kleinen Einkommen.
2. Planung und Lenkung der Kredite und Rohstoffe für Befriedigung des volkswirtschaftlichen Bedarfs. Ablehnung einer vom blossen Profitinteresse bestimmten Wirtschaftspolitik.
3. Sozialer Lastenausgleich durch Zugriffe auch auf die Vermögen und nicht nur auf die Erträge der Vermögen.
4. Sofortige Inangriffnahme des Wohnungsbaues unter besonderer Förderung des sozialen Wohnungsbaues durch den Bund.
5. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Sesshaftmachung und Freizügigkeit für die Vertriebenen und Kriegsgeschädigten durch zentrale Massnahmen. Schaffung eines Flüchtlingsministeriums, zusätzliche Finanzhilfe an die mit Flüchtlingen überbelegten Länder.
6. Neuordnung der Sozialversicherung, des Rentenwesens und der Versorgung der Kriegsbeschädigten mit dem Ziel der Verbesserung der Leistungen, Hilfe für die Opfer der Diktaturen.
7. Mitbestimmung der Arbeitenden in den Betrieben und gleichberecht-

tigte Einbeziehung der Gewerkschaften in die Selbstverwaltung der Wirtschaft.

8. Politische und wirtschaftliche Entmachtung des grossen Eigentums und der Manager durch Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien.
9. Sicherung der freien Entfaltung des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes.
10. Sicherung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung insbesondere durch einen den Gemeindeaufgaben gerecht werdenden Bundesfinanzausgleich.
11. Beschränkung der alliierten Einwirkungen auf bestimmte und reine Kontrollmassnahmen. Änderung des Ruhrstatuts. Abwehr der Demontage deutscher Friedensindustrien.
12. Einbeziehung Berlins als 12. Land in die Deutsche Bundesrepublik. Bis dahin schnelle und wirksame Hilfe für Berlin.
13. Ablehnung der Oder-Weisse-Linie als deutsche Ostgrenze. Verbleib des Sargebietes im deutschen Staatsverband. Abwehr neuer Gebietsabtretungen.
14. Unermüdlicher Appell an die moralischen Kräfte der Welt für die Freilassung der Kriegsgefangenen und Frauen. Rückführung der Verschleppten. Kampf gegen Sklavensarbeit in jeder Form und gegen die Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone.
15. Wahrung des im Grundgesetz vorgesehenen Vorrechts des Bundestags gegenüber partikularen Gewalten und Interessen. Die Bundesgewalt muss instande sein, die äusseren und inneren Kriegsfolgenlasten gerecht zu verteilen und die Funktionen des deutschen Staates zu erfüllen.
16. Sicherung der Freiheit der Lehre, der Verkündung und der Ausübung jeder Religion und jeder Weltanschauung. Bekämpfung des Missbrauches kirchlicher Einrichtungen und Personen als Instrumente des politischen Machtkampfes. Abwehr jedes Versuches, die sozialen und politischen Probleme durch Entfaltung eines Kulturkampfes zu vernebeln.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft unter Ablehnung jeglicher Art von Nationalismus für die Gleichberechtigung aller Völker und für die Neuordnung Europas. Darum kämpft sie für die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit in allen Besatzungszonen, insbesondere der sowjetischen Zone.

Nur diese Politik hält die Sozialdemokratische Partei für möglich und erfolgreich. Sie ist bereit, hierfür mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften einzutreten. Jede andere Politik wird sie mit der gleichen Entschiedenheit bekämpfen".

\*\*\*\*\*

### Sehr bestimmte Opposition

F.R. Der 30. August 1949 wird der Tag des Beginnens einer neuen verstärkten Aktivität der SPD sein. Die Analyse des Ergebnisses vom 14. August ist abgeschlossen. Sie hat in jedem Falle wertvolle, wenn auch nicht nur erfreuliche Erkenntnisse vermittelt, aus denen klare Schlussfolgerungen gezogen werden müssen. Das ist eine Sache der Partei selbst, ihrer Organisation und ihrer lebendigen Arbeit in den kommenden Jahren. Unabhängig davon ist die Aufgabe gestellt, im Spiel der Kräfte die für die deutsche Gesamtheit und für die Partei zweckmässigste Linie der künftigen Politik festzulegen. Das geschah durch das "Dokument der Opposition", wie Kurt Schumacher die 16 Punkte in Bad Dürkheim genannt hat. Damit ist die Richtung des Weges, der gegangen werden soll, klar vorgezeichnet.

Die Zeit nach der Wahl hat eine Fülle von gut oder weniger gutgemeinten Ratschlägen an die SPD gebracht, was für eine Art von Opposition sie zu treiben habe. Den sachlichen Inhalt der sozialdemokratischen Politik in der kommenden Zeit umreißt die Entschliessung selbst, die die Strategie der Partei, natürlich nicht ihre Taktik im einzelnen, festlegt, das unmöglich und unzweckmässig wäre, sehr präzise. Sieht man sie sich genau an, so wird auf den ersten Blick deutlich, dass es sich nicht um das Programm etwa einer Annäherung an die bürgerlichen Parteien handeln kann, denn es ist grundverschieden von den bisher schon praktizierten und neuerdings proklamierten Vorstellungen dieser politischen Kräftegruppe in Westdeutschland. Es ist eine ausgesprochen antithetische Darstellung dessen, was die Sozialdemokraten als Oppositionspartei im Gegensatz zu dem voraussichtlichen Regierungsprogramm wünschen.

Die sozialdemokratische Oppositionsstellung zur künftigen Regierung der CDU/CSU und ihrer bürgerlichen Gefolgschaftsgruppen wird sehr klar und bestimmt sein. Die Frage einer Beteiligung der SPD an einer solchen bürgerlichen Regierungsgemeinschaft hat in Bad Dürkheim wohl als theoretisches Diskussionsthema eine gewisse Rolle gespielt, nie aber ernsthafte praktische Bedeutung gehabt, die Entscheidung ist ganz eindeutig zu Ungunsten einer klaren Scheidung der Geister gefallen. Die Argumente, die für diesen Weg vorgetragen wurden - von Professor Carlo Schmid übrigens nicht weniger wirkungsvoll als von Dr. Schumacher - haben von Beginn an die Erörterung dieses Fragenkomplexes beherrscht.

Von Freunden einer Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Regierung mit bestimmendem Einfluss der CDU/CSU im Lande ist u. a. wiederholt der Begriff der Notgemeinschaft etwa nach dem angelsächsischen Beispiel der britischen Regierung im Kriege und der nordamerikanischen Regierung in und nach dem Kriege in die Debatte geworfen worden. Diese Analogie trifft aber nicht zu, denn jene Notgemeinschaften sind durch äussere Einwirkungen entstanden. Die deutsche Not aber, die nach Vorstellung dieser Kreise durch eine gemeinschaftliche Anstrengung beseitigt werden sollte, entspringt zu einem erheb-

lichen Teil gerade dem Verhalten einer bestimmten Schicht bürgerlicher Politiker. Diesem Verhalten gilt der Kampf der Sozialdemokraten. Es wäre einfach widersinnig, mit ihnen eine solche Notgemeinschaft zu bilden. Hier schafft eine klare Frontstellung von Regierung und Opposition ein ungleich aufrichtigeres und realeres Spiegelbild der deutschen Situation. Eine Auseinandersetzung, d.h. im wörtlichen Sinne des Wortes ein Aus-Einander-setzen der beiden grundverschiedenen Auffassungen von dem richtigen Weg der deutschen Politik ist notwendig, kein Zusammenleimen von Vorstellungen und Absichten, die nun einmal nicht zueinander passen, weil sie nicht nur von verschiedenen, sondern entgegengesetzten Grundauffassungen über die Aufgaben des Staates und seiner ausführenden Organe ausgehen.

Von solcher Erkenntnis abgesehen, schrecken die Spuren von Weimar. Selbst wenn man einmal die Möglichkeit einer Zusammenarbeit von SPD und CDU/CSU in einer Regierung annähme, wäre die grosse daraus resultierende Gefahr vor allem auch die, dass die beiden grossen Parteien des demokratischen Bekenntnisses (wobei hier auf eine unterschiedliche Aufrichtigkeit dieses Bekenntnisses nicht eingegangen werden soll) sich zugunsten derjenigen Parteien abnutzen würden, die Vertreter entweder des bolschewistischen oder des nationalisticen Kihilismus sind. Niemandem, der es mit Deutschland ehrlich meint, kann daran gelegen sein. Es ist zu verhindern, dass diese Gruppen für ihre Agitation "sozialen Heizstoff" bekommen, wie sich Kurt Schumacher ausgedrückt hat.

Nein - die Situation, und man ist versucht zu sagen, die Klassenkampfpolitische Situation, nachdem dieser Begriff de facto durch das Verhalten der neuen rechtsbürgerlichen Führungsschicht in Deutschland wieder in die politische Praxis eingeführt worden ist, ist an sich so klar, wie man es sich nur wünschen kann. Die ziffernmässig stärkere Gruppe ist im Augenblick die der bürgerlichen Parteien, und zwar repräsentiert diese Gruppe eine sehr entschiedene, rückschrittlich anmutende Tendenz. Ihr fällt nach parlamentarischem Brauch die Initiative für die Regierungsbildung zu, man wird sehen, wie weit sie mit dem Experiment kommt. In diesem Abwarten liegt keinesfalls eine schadenfrühe Spekulation auf einen Misserfolg des innerpolitischen Gegners, den man erwarten muss. Es ist nur begründet in der Notwendigkeit, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten und in dem weiteren Zwang, dass erst die Dankrotterklärung dieser Politik die Voraussetzungen für ihre Ablösung schaffen kann.

"Für mich sind Regierung und Opposition verschiedene Formen der Verantwortung", hat Schumacher in Dürkheim erklärt. Deshalb soll der Begriff der Opposition, der im Grunde so klar und bestimmt ist wie der der Regierung, auf jedes schmückende Beiwort, das seinen eigentlichen Sinn verwässert und abschwächt, verzichten. Wir müssen wissen, dass wir in dieser Opposition die deutsche und die sozialdemokratische Sache nur vorantreiben können, wenn wir den Mut zur Konsequenz haben und allen Einflüsterungen zu unangebrachter Nachgiebigkeit, von wo sie auch kommen mögen, widerstehen. Das wird gewiss nicht immer leicht sein, muss aber um der Sache willen getan werden. Das Beispiel des 20. April sollte auch jeden gutwilligen Zauderer vom Wert einer unbedingt festen Haltung belehren haben.

(ths///308/2/he)

Nach gründlicher Erörterung

Der Vorstand der SPD beriet in seiner ersten Sitzung nach den Wahlen am 29./30. August 1949 in Bad Dürkheim eine programmatische Entschliessung über die Richtlinien der künftigen Politik der Partei im Bundestag und nahm sie nach eingehender Diskussion einstimmig an.

Die Entschliessung faßt in 16 Punkten alle wesentlichen sozialdemokratischen Forderungen zur gegenwärtigen Situation zusammen und schliesst mit der Feststellung: "Diese Politik hält die Sozialdemokratische Partei für möglich und erfolgreich. Sie ist bereit, hierfür mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten. Jede andere Politik wird sie mit der gleichen Entschiedenheit bekämpfen."

Nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden Dr. Schumacher über die politische Lage nach den Wahlen fand eine gründliche Erörterung des ganzen Fragenkomplexes statt, deren wesentliches Merkmal die übereinstimmende Ansicht über die künftige Rolle der SPD und die Notwendigkeit war, einer mit Sicherheit zu erwartenden rein bürgerlichen Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU mit sehr bestimmter Opposition entgegenzutreten.

Die Entschliessung über die Grundlinie der sozialdemokratischen Politik wird am 6. September einer gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuss, Kontrollkommission, sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Bundestagsfraktion in Köln unterbreitet werden, damit sie die ausdrückliche Zustimmung aller massgeblichen Parteinstanzen erhält.

Am Dienstagvormittag wurden alle organisatorischen und innenpolitischen Aufgaben der Partei besprochen, in Sonderheit soweit sie mit den Erfahrungen des Wahlkampfes zusammenhängen.

Oberbürgermeister Andreas Gayk, Kiel, berichtete über die Zusammenhänge der Regierungsumbildung in Schleswig-Holstein. Eine Aussprache darüber fand nicht statt.

Der Parteivorstand wird schliesslich dem Parteiausschuss als Termin für den nächsten Parteitag einen noch zu bestimmenden Tag im Mai 1950 vorschlagen.

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau